





**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

*Berlin, den 27. August 2003*

**Mit ihrer Forderung nach einer Ausbildungsplatz-Abgabe bittet sich die Bundesregierung selbst zur Kasse. Nach internen Plänen sollen sechs Prozent aller Beschäftigten eines Unternehmens Auszubildende sein. Wer weniger ausbildet, zahlt eine Strafgebühr. Dazu erklärt Uwe Schummer, Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

„Das Bundeskanzleramt ist auch ein Ausbildungsbetrieb. Gerhard Schröder beschäftigt in seinem Haus knapp 500 Menschen und nur neun davon sind Azubis. Für das neue Ausbildungsjahr ab September 2003 wird nur ein Lehrling beim Kanzler anfangen. Im letzten Jahr waren es noch fünf. Insgesamt entspricht das einer Quote von gerade mal zwei Prozent. Wären seine Pläne Gesetz, so wäre auch für Schröder eine satte Geldbuße fällig.

Statt der Ausbildungsbuße sollte Rot-Grün Anreize für mehr Lehrstellen schaffen. Wir sollten die Betriebe um zehn Prozent des Arbeitgeberanteils der Sozialversicherungsbeiträge für Auszubildende entlasten. Helfen statt strafen wäre das bessere Konzept.

Ich fordere Bundeskanzler Schröder auf, die von ihm geplante Ausbildungsquote zu erfüllen und weitere 20 Auszubildende einzustellen.“

**PRESSMITTEILUNG**